

Protokoll des Einwohnerrates
16. Juni 2021

Vorsitz	Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP)
Protokoll	Stefan Wagner, Gemeindeschreiber II
Präsenz	38
Ort	Campus-Saal, Bahnhofstrasse 5, Windisch
Entschuldigungen	Naomi Rupp (SVP) Michael Wäckerli (CVP)
Aufschaltung Axioma	03. September 2021
Genehmigung	Dieses Protokoll gilt gemäss § 26 der Gemeindeordnung als genehmigt, wenn nicht bis zum 23. September 2021 Abänderungen oder Ergänzungen beim Büro des Einwohnerrates schriftlich verlangt werden.

Protokoll des Einwohnerrates**16. Juni 2021**

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP), heisst die Mitglieder des Einwohnerrates, des Gemeinderates, die anwesenden Gäste und die Pressevertreter zur Sitzung im Campussaal willkommen.

T r a k t a n d e n l i s t e

- 1 Inpflichtnahme von Miguel Vogt (SP) als Mitglied des Einwohnerrates
- 2 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten
- 3 Geschäftsbericht 2020
- 4 Rechnung 2020 der Einwohnergemeinde; Genehmigung
- 5 Kreditabrechnung Rahmenkredit 2017-2020 Wasser
- 6 Kreditabrechnung Rahmenkredit 2017-2020 Abwasser
- 7 Kreditabrechnung Netzausbauten und Erneuerungen Klosterzelg / Reutenen; Beantwortung Postulat "Beteiligung der Kabelwerke Brugg an der Sanierung- und Erneuerung von Strassenabschnitten"
- 8 Kreditabrechnung Neubau Stufenpumpwerk Reutenen
- 9 Entschädigungen Gemeinderat ab Legislaturperiode 2022/2025
- 10 Motion "Einführung eines internen Kosten-Kontrollsystems"; Beantwortung
- 11 Motion "Sensibilisierungs- und Präventionskampagne häusliche Gewalt"; Beantwortung
- 12 Verpflichtungskredit Stadtraum Bahnhof Brugg-Windisch; Phase 2a
- 13 Revision Reglement über die Finanzierung der Erschliessungsanlagen (RFE)
- 14 Zusatzkredit Medien- und Informatikkonzept Schule Windisch
- 15 Postulat "Kundenparkplätze vor dem Gemeindehaus"; Beantwortung
- 16 Postulat "Neuregelung der Unterrichtszeiten in der Primarschule am Nachmittag"; Zwischenbericht
- 17 Postulat "Halteverbot beim Kindergarten Klosterzelg"; Beantwortung
- 18 Postulat "Aufnahme von Flüchtlingen aus dem Lager Moria"; Beantwortung
- 19 Motion Paul Bitschnau (SP) betreffend "Schwimmunterricht"; Überweisung
- 20 Motion Mirjam Aebischer (SP) betreffend "Berichterstattung Gemeinderat zu den weiteren OASE-Schritten"; Überweisung
- 21 Postulat Luzia Capanni (SP) "Transparente und zeitnahe Information über die OASE"; Überweisung
- 22 Motion SP-Fraktion "Einführung eines Jugendparlaments / Jugendrates"; Überweisung

Protokoll des Einwohnerrates**16. Juni 2021**

- 23 Motion SP-Fraktion "Gemeinnütziger Wohnungsbau Vorderes Chilefeld"; Überweisung
- 24 Beantwortung von gestellten Fragen
- 25 Mitteilungen des Gemeinderates 16.06.2021
- 26 Neueingänge 16.06.2021

1 Inpflichtnahme von Miguel Vogt (SP) und Novica Vidic (SVP) als Mitglied des Einwohnerrates

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP), nimmt gestützt auf die Bestimmungen des Geschäftsreglements des Einwohnerrates für den Rest der Amtsperiode 2018/2021 in Pflicht:

Miguel Vogt (SP)

Novica Vidic (SVP)

Er heisst die beiden neuen Mitglieder herzlich im Rat willkommen und wünscht ihnen viel Freude und Befriedigung bei der Erfüllung der politischen Aufgaben.

2 Mitteilungen des Einwohnerratspräsidenten

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP): Die Information von Heidi Ammon zur IG Mittelschule wird vorgezogen.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): In der Presse wird voraussichtlich morgen über die Gründung der IG Mittelschule Brugg-Windisch informiert. Es ist wichtig, die uns zur Verfügung stehende Zeit zu nützen und uns dafür einzusetzen, dass der Grosse Rat den Standort Brugg-Windisch zuspricht. Informationen zur IG und die für Windisch sprechenden Argumente sind auf der Webseite zu finden. Diese ist auf unserer Homepage verlinkt, auch ein direktes Zugreifen ist möglich: „igmittelschulebruggwindisch.ch“. Manchmal ist nicht klar, was die Aufgabe einer IG ist. Es ist Aufgabe der Politik den Standort zu verkaufen. Es ist mit möglichst vielen Grossräten und Grossrätinnen, weiteren zugewandten Personen, wie KMU und AIHK, das Gespräch zu suchen, zu

diskutieren und möglichst positive Zeichen nach Aarau zu senden. Windisch steht in Konkurrenz mit dem Mittelschulstandort Lenzburg. Im Moment sind die Chancen für Windisch nicht schlecht, durch den Richtplaneintrag OASE ist der Bauplatz frei und kann für die Mittelschule genutzt werden. In diesem Sinne können wir mit vereinten Kräften für den Mittelschulstandort kämpfen. Ich danke jedem Einzelnen, der sich dafür einsetzt. Als Zeichen könnt ihr euch als Mitglied eintragen, damit man sieht, wer hinter dieser IG steht. Ich danke für das Engagement und bin gespannt auf die morgige Presseberichterstattung.

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP):

Rücktritte (SVP)

Nebst Miguel Vogt wurde auch Novica Vidic vereidigt, da Stephan Häberli bedauerlicherweise zurückgetreten ist. Der Rat ist trotzdem nicht vollzählig, Michael Wäckerli hat heute seinen Rücktritt erklärt.

Eingabefrist Vorstösse

Vorstösse für die heutige Sitzung wurden dem Büro wiederum nach der Eingabefrist eingereicht. Um die Sitzungen im Oktober zu entlasten, hat das Büro diese Vorstösse ausnahmsweise noch im Juni traktandiert. Dies war die erste und letzte Ausnahme. Die Eingabefrist für Vorstösse läuft immer am Montag vor der Bürositzung, 08.00 Uhr, ab. Zu spät eingereichte Vorstösse werden an der übernächsten Sitzung traktandiert. Um 21.00 Uhr findet das EM-Spiel Schweiz-Italien statt. Ich schlage vor, dass wir über den Sitzungsschluss von +/- 21.00 Uhr abstimmen, da der zweite Termin ohnehin gebraucht wird.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst einstimmig wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Einwohnerratssitzung wird um +/- 21.00 Uhr beendet.

3 Geschäftsbericht 2020

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Ich freue mich, den Geschäftsbericht 2020 zu präsentieren. Das schöne Werk informiert, was im letzten Jahr in den Kommissionen, in den Verwaltungsabteilungen, in der Schule, bei den Eigenwirtschaftsbetrieben und last but not least im Gemeinderat geleistet wurde. Ein intensives Jahr liegt hinter uns, trotz Corona ein sehr gutes.

Der Geschäftsbericht 2020 beinhaltet neu die Legislaturziele und die Finanzstrategie. Wir haben damit einen weiteren Schritt zur Komplettierung des Geschäftsberichtes gemacht. Dieser dient vor allem zur Information. Öfters bekomme ich zu hören: „Was für ein ausführlicher Bericht“. Es treffen aber auch immer wieder Anfragen nach dem Geschäftsbericht ein, um sich Informationen oder Daten zu beschaffen. Es macht Spass, den Geschäftsbericht mit Grafiken und Fotos zu gestalten, welche ihn lesbarer und attraktiver machen. Herzlichen Dank an das operative Leitungsteam, vor allem an Stefan Wagner, der sehr viel Zeit in diesen Geschäftsbericht investiert hat. Der Gemeinderat freut sich über die Genehmigung des Geschäftsberichtes.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Würdigung Fraktionen

Toni Burger (CVP): Wir danken dem Gemeinderat für den umfassenden Geschäftsbericht 2020. Die Berichterstattung wird immer besser und ist sehr gut lesbar. Der grössere Aufwand lohnt sich für die Übersicht und das Nachverfolgen. Die vielen Themen bestätigen, dass sich der Gemeinderat und die Verwaltung im vergangenen Jahr mit vielen Geschäften befasst haben. Der Bericht zeichnet ein Bild eines speziell geprägten Jahres, wir nehmen ihn zustimmend zur Kenntnis. Wir danken der Verwaltung und dem Gemeinderat für die Bewältigung der grossen Arbeit im vergangenen Jahr.

Philipp Ammon (SVP): Der Geschäftsbericht ist gut lesbar, umfangreich und interessant. Die Information des Gemeinderates auf Seite 58 über die Bushaltestellen haben

wir intensiv diskutiert. Wir unterstützen das geplante Vorgehen des Gemeinderates. Es ist uns wichtig festzuhalten: Nicht nachgeben und zweimal bezahlen.

Luzia Capanni (SP): Die SP-Fraktion nimmt vom guten Rechnungsabschluss 2020 sehr erfreut Kenntnis. Ein Gewinn von CHF 2.2 Mio., eine Selbstfinanzierung von CHF 5.8 Mio. und die Tatsache, dass Windisch schuldenfrei ist, sind gute Voraussetzungen für die Zukunft. Wir schätzen das Ergebnis realistisch ein und sehen auch kritische Punkte. Das Verbuchen der Mehrwertabgeltungen im Zuge der neuen BNO und die Übertragung Chilefeld in das Finanzvermögen sind Vorgriffe auf die Zukunft und einmalig. Die 2020 geplanten, aber nicht realisierten Investitionen wie Tagesstrukturen und Dorfstrasse, müssen dieses Jahr nachgeholt werden. Die Zunahme der Steuereinnahmen hat entscheidend zum guten Resultat beigetragen. Wir halten diese für nachhaltig, was uns für die kommenden Jahre optimistisch stimmt.

Wir begrüssen, dass die Abwasserkasse bereinigt wurde und die Altlast beseitigt ist. Wir sind uns bewusst, dass die Einwohnergemeinde eine Risikoposition übernommen hat, die Aktien des Campus-Saals im Umfang von 4 Millionen. In den nächsten Jahren gilt es die Situation genau zu verfolgen. Nicht begeistert sind wir von der Zunahme der Gleitzeit- und Ferienguthaben der Mitarbeitenden. Wir haben Verständnis für coronabedingte Ferienverschiebungen und vorübergehende zusätzliche Arbeitsbelastungen. Es liegt aber im Interesse der Mitarbeitenden, dass rasch möglichst wieder ein reglementskonformer Zustand erreicht wird.

Noch ein Wort zur Jahresplanung und zu den Einwohnerratssitzungen. Corona hat das Jahr 2020 mit vielen Unsicherheiten geprägt, verständlich, dass Sitzungen abgesagt oder verschoben wurden. Der Trend scheint sich im Jahr 2021 fortzusetzen. Die März-Sitzung wurde abgesagt, die Junisitzungen sind mehr als voll. Wir bitten den Gemeinderat und das Büro, die Sitzungen so zu planen, dass das Arbeitsvolumen realistisch ist und Spielraum für aktuelle Vorstösse vorhanden ist.

Abschliessend danken wir speziell Finanzverwalter Michael Schleuniger für die ausführliche und informative Rechnungslegung. Dem Gemeinderat und der Verwaltung danken wir für den Geschäftsbericht, der eine Fülle von Informationen bringt und von Jahr zu Jahr attraktiver zum Lesen wird. Das Wort Geschäftsbericht hören wir nicht gerne, eine Gemeinde ist mehr als nur ein Geschäftsbetrieb. Die alte Bezeichnung hat uns besser gefallen. Die SP-Fraktion stimmt Rechnung und Geschäftsbericht 2020 zu.

Karin Hefti (FDP): Die FDP-Fraktion dankt der Verwaltung und dem Gemeinderat für die aussagekräftige Jahresrechnung 2020 und die Beantwortung der vielen Fragen. Herzlichen Dank an die FiGPK für den umfassenden professionellen Bericht. Er bringt Wesentliches auf den Punkt. Coronabedingt haben wir die Rechnung 2019 letztes Jahr im September behandelt. Die Corona-Pandemie ist für alle weiter prägend und wir hoffen auf baldige Normalität. Die Lockdowns 2020 und 2021 wirken einschneidend, die behördlichen Auflagen sind ein enormer Eingriff in die persönliche Freiheit und die Wirtschaftsfreiheit. Der Bund weist deshalb 2020 ein Defizit von CHF 16 Milliarden aus, vor allem aufgrund von Mehrausgaben zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen. Corona hat die Jahresrechnung 2020 noch nicht wesentlich negativ beeinflusst. Die Auswirkungen bei den Steuererträgen und beim Sozialaufwand werden verzögert eintreffen. Die Rechnung 2020 weist mit einem Steuerfuss von 115% einen Gewinn von CHF 2.25 Mio. aus. Aus dem Finanzausgleich haben wir CHF 1.1 Mio. erhalten, die Selbstfinanzierung beträgt CHF 5.9 Mio. Per 31.12.2020 werden keine Nettoschulden, sondern ein Nettoguthaben von CHF 707'481 ausgewiesen. Dies ist ein gutes Ergebnis. Auf zwei Punkte gehe ich näher ein:

Die Parzellen Chilefeld wurden vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen übertragen. Daraus resultieren Investitionseinnahmen von CHF 2.3 Mio. und eine Reduktion der Schulden. Die Mehrwertabgeltungen von CHF 1.4 Mio. wurden erfolgsneutral gebucht. Diese haben die Selbstfinanzierung technisch um CHF 1.4 Mio. erhöht und ebenfalls die Schulden reduziert.

Die Windischer Minderheitsbeteiligung am Campussaal von CHF 4 Mio. wurde 2008 über die Abwasserbeseitigung finanziert, indem zu tiefe Abwassergebühren als Windischer Finanzbeitrag geltend gemacht wurden. Die aus Steuern finanzierte Einwohnergemeinde entschädigte die aus Gebühren finanzierte Abwasserbeseitigung dafür nicht. Die Zweckentfremdung wurde vor Gericht gerügt. Dies wird korrigiert und die Abwasserbeseitigung erhält die zweckentfremdeten Mittel zurück.

1) CHF 4 Mio. aus Campussaal Immobilien AG: Die Rückstellung wird erfolgsneutral von der Einwohnergemeinde in die Abwasserkasse „gezügelt“. Die Beteiligung an der Campussaal Immobilien AG ist neu mit CHF 4 Mio., statt CHF 1, aktiviert. Die FiGPK bezeichnet diese Transaktion richtigerweise als Risikoposition. Der Campussaal lässt sich nicht kostendeckend betreiben, die künstlich hohen Mietzinsen müssen durch Defizitbeiträge an die Campussaal Betriebs AG finanziert werden. Inskünftig leisten wir

entweder Defizitbeiträge an die Campussaal Betriebs AG oder machen eine Wertberichtigung auf der Beteiligung Campussaal Immobilien AG. Ich empfehle dem Gemeinderat, eine Eigentümerstrategie für die CIAG und CBAG zu erstellen. Nächstes Jahr wird der Kredit der Defizitbeiträge auslaufen.

2) CHF 496'571 aus zweckentfremdeten Anschlussgebühren Sportausbildungszentrum Mülimatt. In der Rechnung 2020 wurden einmalig CHF 141'900 abgeschrieben, der Rest wird jährlich mit CHF 14'190 auf 35 Jahre bis 2044 abgeschrieben. Mich irritiert die Aktivierung als Investitionsbeitrag. Windisch ist nicht Eigentümerin der Mülimatt, die Strafzahlung wird als Guthaben und nicht als Schuld behandelt. Dies stupe ich nicht als true and fair ein. Ich kann die Empfehlung der FiGPK, den Gesamtbetrag von CHF 496'571 zulasten der Rechnung zu buchen, bestens nachvollziehen. Der Gewinn würde um CHF 354'671 tiefer ausfallen. Die Verbuchung wurde mit dem Gemeindeinspektorat abgesprochen – wir akzeptieren dies contre-coeur und weisen die Rechnung nicht zurück.

Die finanziellen Herausforderungen liegen in der Zukunft: Wie wirkt sich die Corona-Pandemie auf die zukünftigen Jahresrechnungen aus? Die Schätzungen sind mit Unsicherheiten behaftet, vor allem was Steuererträge und die soziale Sicherheit betrifft. Die zweite Herausforderung ist die Finanzierung der geplanten Grossinvestitionen. 2027 rechnet der aktuelle Finanzplan mit einer Nettoschuld von CHF 35.8 Mio. oder CHF 4'289 pro Einwohner. Dies bei einem um 5% höheren Steuerfuss und trotz Verkauf der Parzelle Chilefeld und der Kindergärten Wallweg und Unterdorf. Es ist von allen Seiten Disziplin gefragt. Es sind Prioritäten bei den weiteren Investitionen zu setzen, damit wir finanziell handlungsfähig bleiben und den Nachkommenden ein geordnetes Haus übergeben können.

Spezialfinanzierungen: Die Eigenwirtschaftsbetriebe sind solide aufgestellt. Bei der Abwasserbeseitigung fällt das sehr grosse Vermögen auf, welches durch die Rückführung der zweckentfremdeten Mittel noch grösser geworden ist. Der Eigenwirtschaftsbetrieb Abwasserbeseitigung weist ein Nettovermögen von CHF 14'547'542.40 aus. Der Umsatz 2020 betrug rund CHF 1.625 Mio. und es wurde 2020 ein Verlust von rund CHF 128'000 erwirtschaftet. Grosse Investitionen sind nicht geplant. Die gebührenfinanzierten Eigenwirtschaftsbetriebe sind vorab und auf Dauer selbsttragend zu organisieren. Gebühren dürfen nur in einem Mass erhoben werden, dass sie die laufenden Ausgaben und Investitionen zu decken. Die FDP-Fraktion hat deshalb ein Postulat eingereicht, die Abwassergebühren substanziell so zu reduzieren, dass jeder Einwohner

Protokoll des Einwohnerrates**16. Juni 2021**

und jede Einwohnerin von der Gebührenreduktion profitiert. Ziel ist die Sicherstellung eines fairen Abwasserpreises. Die FDP-Fraktion wird der Rechnung 2020 zustimmen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Der Einwohnerrat nimmt vom Geschäftsbericht 2020 der Einwohnergemeinde in zustimmendem Sinne Kenntnis.

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP): Auch von meiner Seite ein herzliches Danke an den Gemeinderat und die Verwaltung, speziell an die Abteilung Finanzen, für die saubere, transparente und, wie bereits erwähnt, sehr aussagekräftige Berichterstattung, und an die Finanz- und Geschäftsprüfungskommission für ihre Arbeit und den aussagekräftigen Bericht.

4 Rechnung 2020 der Einwohnergemeinde; Genehmigung

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Ich bin im Moment etwas irritiert. Wurde der Geschäftsbericht oder die Rechnung verabschiedet? Obwohl bereits Voten zur Rechnung gefallen sind, werde ich zur Rechnung 2020 noch kurz Stellung nehmen. Die Rechnung 2020 weist einen Gewinn von CHF 2.25 Mio. aus, budgetiert waren CHF 130'000. Die Mehreinnahmen bei den Steuern sind erfreulich. Einmal mehr weise ich auf die sehr gute Ausgabendisziplin bei den beeinflussbaren Positionen unseres operativen Teams und der Verwaltung hin. Bei den Investitionen konnten nicht alle Projekte wie geplant realisiert werden, teilweise Corona-Bedingt. Das Investitionsvolumen lag 2020 bei 3 Mio., 1.8 Mio. tiefer als geplant. Die Selbstfinanzierung war 2020 mit 5.87 Mio. sehr hoch. Alle Investitionen konnten selbständig finanziert werden, zusätzlich konnten wir Schulden abbauen. 2020 wurde der Übertrag der Parzelle Hinteres Chilefeld vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen vollzogen. Zum Votum der SP muss ich festhalten, dass wir zu dieser Buchung gesetzlich verpflichtet sind. Sobald sich Ver-

mögen durch eine BNO-Revision oder eine Umzonung verändert, muss dieses vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen umgebucht und der Gewinn verbucht werden. Dadurch hat sich die Selbstfinanzierung erhöht und aus der Verschuldung ist ein kleines Nettovermögen geworden.

Alle Spezialfinanzierungen schliessen im Rahmen des Budgets ab. Ausnahme bildet das Abwasser, dies wurde bereits erwähnt. Die Verbuchung ist korrekt erfolgt. Alles in besser Ordnung könnte man sagen, oder wie ich kürzlich einer Parteizeitung entnommen habe: „Optimismus ist angesagt. Der Gemeinderat hat die positive Entwicklung von Windisch als attraktive Wohngemeinde chronisch unterschätzt“. Stimmt das? Die guten Jahresergebnisse sind oft auf Einmaleffekte zurückzuführen. Wir wissen nicht, wann eine grössere Überbauung das erste Mal bezogen wird, eine grosse Bonizahlung oder eine Handänderung oder ein anderes unbekanntes Ereignis eintritt, so werden auch wir ab und zu überrascht. Ein Lottogewinn lässt sich nicht planen, dieser kommt überraschend. Wie bereits mehrmals erwähnt, basiert das Jahresergebnis 2020 auf einem Einmaleffekt. Der Gemeinderat unterschätzt die finanzielle Situation keineswegs. Wir beziehen nach wie vor einen grossen Betrag, 2020 1.1 Mio., aus dem Finanzausgleich. Solange dies Realität ist, ist der propagierte Optimismus eher fehl am Platz. 2020 haben wir aus dem Steuerkraftausgleich CHF 842'000, aus dem Bildungslastenausgleich CHF 60'000 und aus dem Soziallastenausgleich CHF 203'000 erhalten. Wir sind bei der Mindestausstattung gut aufgestellt, hier erhalten wir nichts, ebenso beim räumlichen / strukturellen Lastenausgleich. Der Finanzausgleich entspricht 6 Steuerprozenten. Deshalb kann aus Sicht des Gemeinderates nicht von Optimismus gesprochen werden. Der Gemeinderat will die Zukunft mit dem Neubau der Schulanlage Dohlenzelg nach wie vor vorsichtig optimistisch angehen. Die Langzeitfolgen der Covid-19-Situation kennen wir nicht. Wir verfolgen diese laufend, aktuell ist keine Trendwendung sichtbar. Wir sind auf guten Wegen, aber welche Auswirkungen in 1 bis 2 Jahren resultieren, wissen wir nicht. Die Umsetzung Lehrplan 21 und die ICT-Infrastruktur erfordern Investitionen. Die neue Schulstruktur bringt in den nächsten Jahren ebenfalls Mehrkosten. Die Langzeitwirkungen im Sozialbereich beginnen wir zu spüren. Wie die Entwicklung verlaufen wird wissen wir nicht, ebenso ob die Mehrkosten durch Steuermehreinnahmen gedeckt werden können. Für die Entwicklung des Steuerertrages gilt die gleiche Ausgangslage wie bei den Sozialausgaben. Die Supportkosten im Bereich der Digitalisierung, so sehr ich diese schätze und benutze, haben wir noch nicht vollumfänglich unter Kontrolle. Aktuell investieren wir vorwiegend in die Schulanlagen. Die Entwicklung der

Gemeindeverwaltung bleibt dabei oft stehen oder wird aufgrund des aktiv gepflegten Ressourcenmanagements auf Stufe des operativen Leitungsteams intern kostenneutral geregelt. Ohne achtsame Bedürfnis- und Ressourcenpflege in der Gemeindeverwaltung wäre die positive Entwicklung in den letzten Jahren nicht möglich gewesen. Der Gemeinderat kann auf eine sehr schlanke und agil wirkende Gemeindeverwaltung zugreifen. Tragen wir unserer Verwaltung Sorge, freuen wir uns am positiven Jahresergebnis 2020 und gehen vorsichtig optimistisch in die Zukunft. Der Gemeinderat empfiehlt dem Einwohnerrat die Jahresrechnung 2020 zu genehmigen.

Daniel Brassel, FiGPK (EVP): Die Rechnung 2020 wurde durch die Revisionsgesellschaft thv und die FiGPK eingehend geprüft. Die thv hat den Schwerpunkt auf die finanztechnische Prüfung von Bilanz und Erfolgsrechnung gesetzt. Der umfangreiche und aussagekräftige Bericht lobt die saubere und kompetente Rechnungsführung ausdrücklich. Die Prüfung der FiGPK ist vor allem unter dem Aspekt der Finanzpolitik und der Geschäftsprüfung erfolgt. Jedes Mitglied der FiGPK hat einen oder zwei Bereiche geprüft, inklusive Spezialfinanzierungen und Rechenschaftsbericht. Kreditkontrolle, Anlagespiegel, Abschreibungen und Rückstellungen haben wir mit der Rechnung querverglichen. Der Rechnungsbericht ist noch ausführlicher und besser geworden, ein Dankeschön an den Verfasser.

Wir haben es gelesen und gehört, das Rechnungsjahr 2020 schliesst sehr gut ab. Die Finanzlage hat sich weiter positiv entwickelt, die Schulden konnten um CHF 4.8 Mio. reduziert werden. Per Ende 2020 resultiert nun ein Vermögen von rund CHF 700'000 oder CHF 92.00 pro Einwohner. Bei konsolidierter Betrachtung der Einwohnergemeinde und der Spezialfinanzierungen wird ein Nettovermögen von CHF 25.8 Mio. ausgewiesen. An diese Entwicklung würden wir uns alle gerne gewöhnen. Denke ich aber an den Finanzplan und die zukünftigen kostenintensiven Aufgaben, müssen wir uns bald auf ein anderes Szenario einstellen. Der um CHF 1.7 Mio. bessere Abschluss des operativen Ergebnisses gegenüber dem Budget ist vor allem auf höhere Steuereinnahmen zurückzuführen. Der Trend der letzten Jahre setzt sich fort. Die FiGPK geht davon aus, dass er nachhaltig ist und durch coronabedingte, vorübergehende Einbussen nicht grundsätzlich gebrochen wird.

Die Rechnung weist im Wesentlichen 3 Besonderheiten auf, die aus Sicht der FiGPK finanzpolitisch eingeordnet werden müssen:

1. Grossen Einfluss auf den Abbau der Schulden haben zwei Buchungen im Zusammenhang mit der Revision der Bau- und Nutzungsordnung (BNO). Sie sind einmalig und greifen der Zukunft vor. Es handelt sich um die Umbuchung der Parzellen im Chilefeld vom Verwaltungsvermögen ins Finanzvermögen. Diese Umbuchung reduziert die Schuld der Einwohnergemeinde als Investitionseinnahme um CHF 2.3 Mio. Die zweite Buchung betrifft die mit einer Anzahl Grundeigentümern vertraglich vereinbarten Mehrwertabgeltungen. Diese Buchung ist erfolgsneutral, erhöht aber die Selbstfinanzierung um CHF 1.4 Mio. und ist somit ein wesentlicher Faktor des Schuldenabbaus.

2. Der Schuldenabbau wird durch Investitionen, die ins Jahr 2021 verschoben wurden, relativiert. Bei den Projekten Dorfstrasse und Tagesstruktur im Bezirksschulhaus beträgt der Rückstand gegenüber dem Investitionsbudget CHF 1.5 Mio.

3. Auf den ersten Blick eher unauffällig ist eine weitere wichtige Buchung: Die Auflösung der Rückstellung für die Campussaal-Aktien und die Überweisung von CHF 4 Mio. ins Vermögen der Spezialfinanzierung Abwasser. Die Schulden der Einwohnergemeinde erhöhen sich nicht. Die Aktien sind jedoch eine Risikoposition für den Fall, dass die Werthaltigkeit nicht gewährleistet ist, etwa bei einem Verkauf oder Konkurs des Campussaals.

Zurück zur Rechnung 2020: Die laufenden Kredite werden durch die Abteilung Finanzen systematisch kontrolliert. Im Zeitpunkt der Rechnungsprüfung waren keine grösseren negativen Abweichungen bei Krediten zu erkennen. Die FiGPK hat auch drei Verpflichtungskredite ohne separate Kreditabrechnung geprüft und für gut befunden. Wie in den Vorjahren war die Budgetdisziplin in der Verwaltung hoch. Die Abweichung beim konsolidierten Aufwand der Rechnung der Einwohnergemeinde inkl. Spezialfinanzierungen gegenüber dem Budget liegt bei +1.1%. Beim Ertrag beträgt die Abweichung +8.3%. Ob wir dieses Jahr ähnlich positive Ergebnisse beim Einhalten des Budgets sehen werden? Wir werden sehen, inwieweit der Virus die Gemeindefinanzen ansteckt. Letztes Jahr hat die thv wiederum eine Schwerpunktprüfung durchgeführt, die formelle Überprüfung der Lohnvergleichsanalyse. Als Referenzmonat diente der September. Die thv konnte keinen Geschlechtseffekt feststellen. Die Berechnungen wurden anhand des Standard-Analysemodells des Bundes durchgeführt.

Meiner Kollegin und meinen Kollegen der FiGPK danke ich für den geleisteten, grossen Einsatz sowie ihre Geduld während den diversen Zoom-Meetings. Die FiGPK-Sitzungen fanden alle online statt. Die FiGPK bedankt sich bei Verwaltung und Gemeinderat für die gute Zusammenarbeit, im Besonderen bei Heidi Ammon und Michael Schleuniger.

Sie haben den Prüfungsorganen thv und FiGPK auf Fragen jederzeit umfassend Antwort gegeben. Die FiGPK empfiehlt dem Einwohnerrat, gestützt auf den Revisionsbericht der thv und die eigenen Prüfungen, die Rechnung 2020 zu genehmigen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Toni Burger (CVP): Ich habe beim Traktandum 3 nur zum Geschäftsbericht Stellung genommen. Gerne äussere ich mich im Namen der Fraktion noch zur Rechnung. Das Ergebnis ist sehr gut ausgefallen, die Zahlen und Gründe wurden bereits mehrfach erwähnt. Die Nettoschuld der Einwohnergemeinde von CHF 4.05 hat sich in ein Nettovermögen von rund CHF 70'000 umgewandelt. Die Zeitungsberichte erwecken den Eindruck, als hätte Windisch keine Schulden mehr. Dem ist bei weitem nicht so, in der Bilanz werden nach wie vor langfristige Schulden von CHF 7.5 Mio. ausgewiesen. Die Berechnung des Eigenkapitals von rund CHF 700'000 konnte ich nicht nachvollziehen. Es wäre sinnvoll aufzuzeigen, wie sich das Eigenkapital der Einwohnergemeinde zusammensetzt.

Grössere Aufmerksamkeit hat die Umbuchung der Reduktion Anschlussgebühren Cam-pussaal und Mülmatthallen in Aktiven und Passiven verlangt. Wir hoffen, dass diese Sache nun bereinigt ist. Wir hätten eher befürwortet, dass die Beteiligung respektive Subventionierung der Mülmatthallen-Eigentümer sofort abgeschrieben worden wäre. Spezialfinanzierungen: Das Vermögen der Abwasserbeseitigung hat durch die Korrekturbuchung stark zugenommen. Der Gemeinderat muss sich Gedanken machen, wie er dieses Vermögen massiv reduzieren kann. Ob die CHF 2 Mio. bzw. CHF 500'000 pro Jahr, welche wir mit dem globalen Kredit genehmigt haben, genügen, bezweifle ich. Das Postulat der FDP verlangt, dass schlussendlich alle von diesem grossen Vermögen profitieren können. Wir verzichten auf weitere Hinweise zu besonderen Ereignissen, Projekten oder Ausgaben und werden in der Detailberatung keine Fragen stellen. Im Namen der CVP-Fraktion danke ich dem Gemeinderat, dem Leiter Finanzen und seinem Team, der ganzen Verwaltung, allen externen Stellen, für den sorgfältigen Umgang mit den Gemeindefinanzen. Vielen Dank für die sehr guten Erklärungen und Begründungen zur Jahresrechnung 2020. Ebenso danken wir der FiGPK für den ausführlichen, umfassenden Bericht.

Protokoll des Einwohnerrates**16. Juni 2021**

Werner Rupp (SVP): Ich äussere mich noch zur Rechnung. Alle erhalten immer sehr viel Lob. Die SVP findet es an der Zeit, Heidi Ammon für ihre Finanzpolitik in den letzten Jahren zu loben. 2007 betrug die Verschuldung pro Kopf CHF 3'300, 2014 waren wir bei ungefähr CHF 2'200 und heute sind es plus CHF 92. Die Entwicklung ist sehr positiv. Wir hoffen, dass der gesunde, vorsichtige Umgang mit den Finanzen weitergeführt wird, gerade in Berücksichtigung der anstehenden Investitionen von 60 bis 100 Mio. Wir danken Heidi Ammon für ihre guten Leistungen in den letzten 14 Jahren.

Daniel Brassel (EVP): Die EVP-Fraktion hat den ausführlichen, detaillierten Bericht bearbeitet und diskutiert. Über das Ergebnis freuen wir uns sehr. Die Auswirkungen von Corona auf die Gemeindefinanzen beunruhigen uns etwas. Heidi Ammon hat es erwähnt, es ist ein wenig wie beim Lottospielen. Wir müssen uns ein Stück weit überraschen lassen. Sorge bereitet uns das ständige Verschieben von Investitionen, diese schieben wir vor uns her. Wir müssen auf der Investitionswelle reiten und sie nicht vor uns her schieben. Wir haben die sehr gute Budgetdisziplin der Verwaltung zur Kenntnis genommen. Wir begrüssen diese sehr, gerade in der jetzigen nicht so trivialen Zeit mit unerwarteten Ausgaben oder Einnahmen, welche plötzlich wieder wegfallen. Ich danke im Namen der EVP-Fraktion für den Bericht der Verwaltung und die Berichterstattung der FiGPK. Die EVP-Fraktion wird die Rechnung 2020 genehmigen.

Offene Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Rechnung 2020 der Einwohnergemeinde Windisch wird genehmigt.

5 Kreditabrechnung Rahmenkredit 2017-2020 Wasser

Giovanna Feusi (SP): Die Idee war neu, die letzten vier Jahre haben gezeigt, dass sich Rahmenkredite bewähren. Sie geben Flexibilität, auf veränderte Situationen kann rasch

reagiert werden. Wir haben den Rahmenkredit Wasser genauer geprüft und festgestellt, dass eine Werterhaltungsstrategie erarbeitet wurde. Diese zeigt den aktuellen Zustand der Anlagen auf. Wir begrüssen dies sehr, wir haben diese Strategie lange vermisst. Wir danken der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Es besteht nun eine Übersicht über die sanierungsbedürftigen Projekte. Wünschenswert wäre, im Rechnungsbericht aufzulisten, welche Mittel für welches Infrastrukturprojekt eingesetzt wurden. Dies gibt einen klareren Überblick über den Stand des Rahmenkredites. Diese Anregung gilt sinngemäss für alle Rahmenkredite. Die FiGPK wird sich zum Rahmenkredit Abwasser nicht mehr äussern. Besten Dank der Verwaltung, auch für die Erklärungen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Stefan Fehlmann (EVP): Ich äussere mich zu den beiden Rahmenkrediten Wasser und Abwasser. Die Rahmenkredite 2021 - 2024 haben wir im letzten Oktober bereits genehmigt. Wir haben die Abrechnungen studiert, der bestehende Handlungsbedarf ist nach wie vor sinnvoll. Jetzt liegt sogar die mehrmals geforderte, und von Matthias Treier im Januar versprochene, koordinierte Werterhaltungsstrategie vor. Ich hatte noch keine Zeit, diese detailliert zu studieren. Ich hoffe, dass die nächsten Strassenbauprojekte mit den Werterhaltungsprojekten koordiniert werden können. Die EVP stimmt den Kreditabrechnungen Rahmenkredit Wasser und Abwasser zu.

Toni Burger (CVP): Ich spreche ebenfalls über beide Abrechnungen. Die bewilligten Kreditrahmen wurden nicht vollumfänglich ausgeschöpft. Dies ist eine Auswirkung der vielen Wechsel im Bereich Tiefbau. Vor allem am Anfang der Kreditdauer ist der Betrag von CHF 500'000 für Sanierungsarbeiten Wasser und Abwasser nicht voll genutzt worden. Die Stelle ist seit längerer Zeit gut besetzt und wir hoffen, dass die jährlichen Raten investiert werden und der Gesamtkredit von CHF 2 Mio. ausgeschöpft wird. Aufgeschobene Sanierungen müssen nachgeholt werden. Wir stimmen den Kreditabrechnungen zu.

Protokoll des Einwohnerrates**16. Juni 2021**Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung „Rahmenkredit 2017-2020 Wasser“ wird genehmigt.

6 Kreditabrechnung Rahmenkredit 2017-2020 Abwasser

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Keine Diskussion.

Offene Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung „Rahmenkredit 2017-2020 Abwasser“ wird genehmigt.

**7 Kreditabrechnung Netzausbauten und Erneuerungen Klosterzelg / Reutenen;
Beantwortung Postulat "Beteiligung der Kabelwerke Brugg an der Sanierung-
und Erneuerung von Strassenabschnitten"**

Daniel Brassel, FiGPK (EVP): Vertreter der FiGPK haben diese Kreditabrechnung, einerseits den Projektierungskredit, andererseits den Baukredit, detailliert geprüft. Belege, Buchungen und Kontoblätter wurden stichprobenweise geprüft. Diese sind nachvollziehbar und stimmen mit der Abrechnung überein. Es ist grundsätzlich erfreulich, dass beide Kredite mit 4% bzw. 9% unterschritten wurden. Ein grosses Thema war beim Baukredit die Aufteilung der Kosten der Strassen auf die Spezialfinanzierungen. Der Verteilschlüssel wurde am 20. Januar 2016 lange diskutiert und minim zu Gunsten der

Strasse angepasst. Die Kostenaufteilung wurde wie folgt festgelegt:

- 40% auf die Strasse (Einwohnergemeinde),
- 15% auf die Spezialfinanzierung Wasser,
- 30% auf die Spezialfinanzierung Abwasser und
- 15% auf die Spezialfinanzierung EW.

Alle im direkten Zusammenhang mit der Strasse anfallenden Kosten wurden gemäss diesem Verteilschlüssel verteilt. Aufgrund unterschiedlicher Kosten zwischen Kredit und Realisierung, insbesondere Mehrkosten bei der Strasse und Minderkosten beim Abwasser, weicht die Verteilung zwischen Kredit und Realisierung etwas ab. Schlussendlich ist noch zu erwähnen, dass der Beitrag der Brugg Kabel AG an die Strassenerneuerung über CHF 65'000 am 21. März 2019 verbucht werden konnte (6150 Gemeindestrassen). Die FiGPK empfiehlt dem Einwohnerrat mehrheitlich die Kreditabrechnung zu genehmigen.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Fredy Bolt (SP): Ich kann der Abschreibung des Postulates zustimmen, die Abrechnung hingegen lehne ich ab. Der Grund ist folgender: Der Betrag von CHF 65'000 der Kabelwerke war nach meinem Verständnis als Abgeltung für den übermässigen Gebrauch der Strassen durch schwere Transportfahrzeuge gedacht, speziell die schweren Gabelstapler, welche die Rollen von den Lagerplätzen in die Fabrik und wieder zurück transportieren. Diese verursachten Schäden sind gut sichtbar, allerdings nicht auf dem Gebiet von Windisch, sondern auf dem Gebiet Brugg, welches vor 2 Jahren ebenfalls erneuert wurde. Die Abgeltung war für diese Schäden gedacht. Nachdem ich das Protokoll der Sitzung nochmals gelesen habe gebe ich zu, dass der Beschluss über die Verwendung des Betrages nicht ganz klar ist. Ich stelle fest, dass ein Teil des Betrages für die Mehrleistungen zu Gunsten des Kabelwerkes, vor allem für die Verkehrsregelung, verwendet wurde. Die grosse Kreuzung Klosterzelg-/Reutenenstrasse war vom Verkehr nicht stark befahren. Es wurde aber ein Verkehrsdienst für fast CHF 30'000 eingesetzt, um die Fussgänger und Velofahrer gesichert über die Kreuzung zu bringen. Der Betrag der Kabelwerke war nicht dafür bestimmt, zusätzliche Kosten während der Bauarbeiten

zu finanzieren. Der Betrag war als Abgeltung für den übermässigen Gebrauch von Gemeindestrassen gedacht. Ich kann der Abrechnung in der vorliegenden Form nicht zustimmen.

Werner Rupp (SVP): Ich bin mit Fredy Bolt nicht einverstanden. Der Unterhalt der Strassen ist eine Aufgabe der Gemeinde und die Kabelwerke müssen sich finanziell nicht beteiligen. Die SVP ist zufrieden, dass wir einen Beitrag zur Unterstützung unserer Wirtschaft und zur Sicherheit auf Gemeindestrassen leisten konnten. Wir hoffen, dass das Projekt OASE mit Untertunnelung angenommen wird und nicht durch irgendwelche Gremien blockiert wird, damit die Anwohner Kloster-/Reutenenstrasse weniger Lastwagenverkehr haben und die sanierte Strasse nicht abgenützt wird. Die SVP dankt den Kabelwerken Brugg für die grosszügige Beteiligung von CHF 65'000, welches alles andere als selbstverständlich ist.

Matthias Knecht (FDP): Ich kann das Votum von Werner Rupp nur unterstützen. Die Kabelwerke haben den Betrag von CHF 65'000 freiwillig geleistet. Es gibt keine rechtliche Grundlage, diesen Beitrag zu fordern. Im Gegenteil, es ist Aufgabe der Gemeinde die Strassen zu unterhalten. Dazu gehört unter anderem die Linienführung und Sicherheit während dem Baubetrieb. Der Einwohnerrat muss sich bewusst sein, solche Aktionen werden von Gewerbetreibenden nicht als Standortvorteile angeschaut.

Matthias Treier, Gemeinderat (FDP): Matthias Knecht hat es erwähnt, der Beitrag der Kabelwerke wurde freiwillig und nicht aufgrund gesteigertem Gebrauch der Strasse bezahlt. Während des Baus wurde viel in die Sicherheit und die Verkehrsregelung investiert. Dies war zwingend notwendig. Gesamthaft belaufen sich diese Kosten auf weniger als 1% der gesamten Projektsumme. Am Abend wurden die Abschränkungen teilweise entfernt. Autos und andere Verkehrsmittel sind durch die Baustelle gefahren. Am Tag wollten Leute von allen Seiten die Baustelle durchqueren, obwohl die Arbeiten in vollem Gange waren. Es war notwendig der Sicherheit hohe Beachtung zu schenken. Bei den laufenden Arbeiten Dorfstrasse wird wenn notwendig ebenfalls ein Verkehrsdienst eingesetzt.

Protokoll des Einwohnerrates**16. Juni 2021**

Mirjam Aebischer (SP): Ich frage mich wo Werner Rupp und Matthias Knecht durchgehen, wenn sie festhalten, dass das Kabelwerk die Strassen nicht übermässig beansprucht. Geht ihr von euren Häusern zum Bahnhof, ist dies jeden Tag sichtbar. Wir müssen dies nicht diskutieren, die Aussage finde ich eigenartig.

Matthias Knecht (FDP): Ich halte fest, bei Bedarf habe ich es schriftlich, dass ich nicht gesagt habe, dass die Kabelwerke die Strasse nicht übermässig benützen. Ich kenne diese Strasse ausführlich, ich fahre jeden Tag durch.

Werner Rupp (SVP): Wenn Mirjam Aebischer ihr Haus verlässt und wieder zurückkommt benutzt sie diesen Teil der Strasse übermässig und müsste eigentlich auch einen Anteil daran bezahlen.

Offene Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit 26 Ja-Stimmen gegen 6 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung „Netzausbauten und Erneuerungen Klosterzelg / Reutenen“ wird genehmigt.

Der Einwohnerrat fasst mit 36 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Das Postulat betreffend „Beteiligung der Kabelwerke Brugg an der Sanierung- und Erneuerung von Strassenabschnitten“ vom 22. Juni 2016 wird abgeschrieben.

8 Kreditabrechnung Neubau Stufenpumpwerk Reutenen

Giovanna Feusi (SP): Michael Hausherr und Peter Hartmann haben die Kreditabrechnung geprüft und zuerst über die vielen Zahlen gerätselt. In Zusammenarbeit mit der Verwaltung wurde klar, was, wo verbucht wurde, ich verweise auf den Bericht. Dieses Projekt zeigt die Anwendung des Rahmenkredites. Der Leitungsausbau Lagerstrasse

Protokoll des Einwohnerrates**16. Juni 2021**

konnte gleichzeitig realisiert werden, obwohl er mit dem Neubau nichts zu tun hat. Wir empfehlen die Genehmigung.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Toni Burger (CVP): Wie die FiGPK haben uns die vielen Zahlen etwas verwirrt. Der Bericht der FiGPK war sehr hilfreich und hat uns auf den richtigen Weg geführt. Das neue Stufenpumpwerk ist gut gelungen. Die wenigsten Einwohner werden dies bereits gesehen haben, da es so unbedeutend ist. Aber es erfüllt den Zweck, den es erfüllen muss. Wir danken den Verantwortlichen für die Ausführungen und die gute Arbeit und stimmen der Kreditabrechnung zu.

Werner Rupp (SVP): Die Sicherheit der Wasserversorgung ist zu 100% eine Gemeindeaufgabe von Windisch, diese wird mit diesem Projekt sichergestellt. Die Abrechnung schliesst unter dem Kredit ab, was das Wasser etwas süsser macht als üblich. Wir stützen uns auf die FiGPK und befürworten die Abrechnung.

Offene Abstimmungen

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Kreditabrechnung „Neubau Stufenpumpwerk Reutenen“ wird genehmigt.

9 Entschädigungen Gemeinderat ab Legislaturperiode 2022/2025

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Wir haben mit dem bestehenden Entschädigungssystem in den letzten vier Jahren gute Erfahrungen gemacht und der Gemeinderat beantragt keine Anpassung. Zusatzaufwendungen werden aus der Kompetenzsumme von CHF 20'000 entschädigt. Diese wurde unregelmässig beansprucht. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass die neue Führungsstruktur der Schule ab 01. Januar

2022 das Ressort Schule einschneidend verändert. Die zusätzlichen Aufgaben werden bei der Ressortverteilung entsprechend berücksichtigt, um einen Ausgleich zu schaffen. Mehraufwendungen in verschiedenen Ressorts können wir noch nicht abschätzen, diese können über die Kompetenzsumme ausgeglichen werden. Die Entschädigungen sollen ab Legislaturperiode 2022/2025 gelten und werden dem Einwohnerrat nur noch bei einer Änderung vorgelegt. Der Gemeinderat beantragt dem Einwohnerrat folgenden Beschluss zu fassen: Die Jahresentschädigung für die Mitglieder des Gemeinderates werden ab Legislaturperiode 2022-2025 wie folgt festgelegt: Das Gemeindepräsidium mit CHF 106'000, das Vizepräsidium mit CHF 52'000 und die Gemeinderäte mit je CHF 45'000. Für ausserordentlichen über das vereinbarte Pensum hinausgehenden Zeitaufwand steht dem Gemeinderat weiterhin eine Kompetenzsumme von CHF 20'000 zur Verfügung, die in Eigenkompetenz an berechnigte Gemeinderatsmitglieder teilweise oder ganz ausgeschüttet werden kann. Der Gemeinderat deklariert allfällige Ausschüttungen jährlich im Rechenschaftsbericht.

Eintreten ist unbestritten.

Detailberatung

Elsbeth Hofmänner (CVP): Der Gemeinderat muss viel Arbeit bewältigen. Dies zeigt uns die heutige Sitzung und die Arbeit wird in Zukunft nicht abnehmen. Die Entlöhnung liegt im oberen Bereich mit vergleichbaren Gemeinden. Sie ist angemessen und wir werden dem Antrag und der kleinen Anpassung beim Vizepräsidium zustimmen.

Bruno Kaufmann (FDP): Die Entschädigung ist vergleichbar mit ähnlich grossen Gemeinden und verglichen mit der Privatwirtschaft in einer guten Höhe. Geeignete Kandidierende können das Mandat übernehmen, ohne auf einen guten Lohnstandard verzichten zu müssen. Sofern in den nächsten Jahren bei der Belastung keine grossen Veränderungen stattfinden, soll die Entschädigung nicht mehr alle vier Jahre, sondern nur bei Bedarf oder entsprechendem Antrag, neu festgelegt werden. Die FDP stimmt den Anträgen einstimmig zu.

Bruno Schmid (SVP): Die SVP-Fraktion erachtet die Abweichung als begründet und stimmt den Antrag ebenfalls einstimmig zu.

Kathrin Büchli (EVP): Grundsätzlich ist die EVP-Fraktion mit den Entschädigungen, der Entschädigungssystematik und der kleinen Anpassung einverstanden. Damit die Entschädigung jeweils den Umständen entsprechend beurteilt werden kann, sollen dem Einwohnerrat, speziell den neuen Mitgliedern, die Entschädigungen alle vier Jahre aufgezeigt werden. Wir stellen den Änderungsantrag, dass die Entschädigung für die nächste Legislaturperiode, und nicht ab der nächsten Legislaturperiode zu genehmigen ist.

Ulrich Widmer (SP): Gemeinderat zu sein ist ein anspruchsvolles Amt in einer zunehmend komplexeren Welt. Die betroffenen Personen werden dies bestätigen. Es ist wichtig, dass dieses Amt von kompetenten Personen ausgeübt wird. Nebst einem Vollzeitjob ist dies kaum mehr zu bewältigen und beinahe in allen Fällen ist eine Reduktion des beruflichen Pensums notwendig. Vor diesem Hintergrund ist eine angemessene Entschädigung der Tätigkeit zwingend. Die Entschädigungsregelung der Gemeinde Windisch erfüllt die erwähnten Rahmenbedingungen und soll sehr geringfügig um 0.3 - 0.4%, erhöht werden. Die SP-Fraktion ist der Ansicht, dass die gewählten Ansätze vernünftig, sinnvoll und begründet sind und wird den Anträgen des Gemeinderates zustimmen.

Offene Abstimmungen

Gegenüberstellung Anträge EVP / Gemeinderat

Auf den Antrag Gemeinderat entfallen	27 Stimmen
Auf den Antrag EVP entfallen	9 Stimmen

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Jahresentschädigungen für die Mitglieder des Gemeinderates werden ab der Legislaturperiode 2022/25 wie folgt festgelegt:

Gemeindepräsident/in	CHF 107'000
Vizepräsident/in	CHF 52'000

Protokoll des Einwohnerrates
16. Juni 2021



Gemeinderäte (3 x CHF 45'000)	<u>CHF 135'000</u>
Total	CHF 294'000

Der Einwohnerrat fasst mit 37 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Für ausserordentlichen über das vereinbarte Pensum hinausgehenden Zeitaufwand steht dem Gemeinderat eine Kompetenzsumme von CHF 20'000 zur Verfügung, die er in eigener Kompetenz an berechnigte Gemeinderatsmitglieder teilweise oder ganz ausschütten kann. Der Gemeinderat deklariert allfällige Ausschüttungen jährlich im Rechenschaftsbericht.

Sitzungsfortführung vor Fussballmatch (EM)

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP): Das nächste Traktandum wird länger zu diskutieren geben. Wir schlagen vor, den einen oder anderen Vorstoss vorzuziehen. Gibt es dagegen Einwände?

Mirjam Aebischer (SP): Wie sieht das Zeitbudget aus für diese Sitzung? Wir haben noch viele Traktanden und es ist sehr ambitiös heute um 21.00 Uhr aufzuhören. Sollen wir das nächste Mal bis 24.00 Uhr machen? Liegen wir im Zeitbudget, wie sieht das Zeitbudget für die ganze Sitzung aus?

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP): Diese Frage ist sehr schwierig zu beantworten. Ich würde heute +/- um 20.50 Uhr die Sitzung schliessen, dann haben wir mehr oder weniger die Chance auf den Anpfiff zuhause zu sein. Ich ziehe deshalb die Vorstösse vor.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Mein Programm diese Woche hat mir nicht erlaubt, alle Beantwortungen der Motionen und Postulate vorzubereiten. Der Gemeinderat hat die Stossrichtung festgelegt, ich möchte die Vorstösse richtig und kompetent beantworten können. In diesem Sinne ist es am einfachsten den Zusatzkredit zu behandeln. Wir sind bereits im Thema, es geht um eine Ergänzung. Am Informationsanlass konnte man sich zudem ein Bild machen.

Protokoll des Einwohnerrates**16. Juni 2021**

Pascal Schlegel, Einwohnerratspräsident (SVP): Ich bin gegen die Behandlung von Traktandum 12, dieses wird zu diskutieren geben. Gibt es Motionen oder Postulate, die der Gemeinderat beantworten kann?

Philipp Umbricht (FDP): Wir schlagen vor, die Vorstösse ab Traktandum 13 zu behandeln. Die Beantwortung von Vorstössen ist traktandiert und es liegt eine Botschaft vor. Es gibt allenfalls eine Diskussion, die zuständigen Ressortvorsteher sind kompetent genug, um allfällige Fragen zu beantworten. Bei den anderen Vorstössen geht es nicht um Inhalte, sondern um die Überweisung. Der Gemeinderat ist auch hier kompetent genug, seine Stellungnahmen abzugeben. Ich schlage vor, dass wir mit Traktandum 13 weiter machen.

10 Motion "Einführung eines internen Kosten-Kontrollsystems"; Beantwortung

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Wir haben diese Motion bereits einmal beantwortet, der Einwohnerrat hat die Abschreibung damals abgelehnt. Seither haben wir im Bereich IKS weitergearbeitet, wir machen gute Erfahrungen mit diesem System. Es macht wenig Sinn noch mehr auf Details einzugehen und mit der Abschreibung der Motion weiter zuzuwarten. Die Pflege des IKS ist aus Sicht des Gemeinderates unerlässlich. Es muss zur Gewohnheit werden, Prozesse zu führen, zu überprüfen und Rechenschaft abzulegen. Über einzelne Bereiche informieren wir im Rechenschaftsbericht. Der Zeitpunkt für die Abschreibung der Motion ist gegeben.

Detailberatung

Karin Hefti (FDP): Die FDP-Fraktion hat 2014 die Motion Einführung eines internen Kontrollsystems beantragt. Ziel war sicherzustellen, dass die Gemeindeverwaltung über ein Kosten-Kontrollsystem verfügt und Verpflichtungskredite eingehalten werden. Auslöser für die Motion waren grössere Kreditüberschreitungen bei der Sanierung Bezirksschulhaus und bei der Besitzstandswahrung Pensionskasse. Der Gemeinderat beantragt nun die Abschreibung der Motion. Es wurden interne Kosten-Kontrollsysteme eingeführt, die Dokumentation erfüllt meines Erachtens die formellen Anforderungen.

Es gilt aber wie überall: Das IKS muss gelebt und in den Köpfen verankert sein. Die Einhaltung der Kredite ist sicherzustellen. Dabei darf die Zeitachse nicht nur auf dem Jetzt und den angefallenen Kosten basieren, auch die prognostizierten Kosten der nächsten Jahre sind einzubeziehen. Im Januar 2021 hat der Einwohnerrat die Kreditabrechnung Verpflichtungskredit Planerwahlverfahren Neubau Schulanlage Dohlenzelg, Kredit CHF 230'000, Kreditüberschreitung CHF 25'887.85 oder 11%, genehmigt. Die Kreditüberschreitung wurde mit der Erhöhung der Anzahl der Planerteams und der Erweiterung des Beurteilungsgremiums begründet. Obwohl es nur um kleinere Beiträge geht, zeigt dieses Beispiel, dass die Kostenüberschreitung nicht frühzeitig erkannt wurde und das interne Kostenkontrollsystem nicht gegriffen hat. Beim anstehenden Neubau der Schulanlage Dohlenzelg muss das interne Kostenkontrollsystem funktionieren. Verpflichtungskredite sind einzuhalten. Die FDP-Fraktion stimmt der Abschreibung der Motion einstimmig zu.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Ich muss berichtigen: Beim Planerwahlverfahren wurde das Kostencontrolling genau geführt. Ein Antrag aus dem Einwohnerrat hat zu einer Veränderung der Kosten geführt. Es war nicht möglich, zum gleichen Preis ein Team mehr zu engagieren.

Karin Hefti (FDP): Dieses Beispiel zeigt, die Einhaltung von Krediten muss in den Köpfen verankert sein. Schneidet eine Abrechnung tiefer oder höher ab, muss dies aufgezeigt werden. Die Abschreibung der Motion ist in diesem Sinne für mich in Ordnung.

Renate Schraner (CVP): Mit der Beantwortung der Motion ist für die CVP das Thema erledigt. Es ist viel Zeit und Effort in die Einführung des IKS-Systems investiert worden. Es hat sich in der Verwaltung und für die grossen Projekte bewährt und als sehr anwendbar erwiesen. Wir hoffen, dass die gewonnenen Erkenntnisse in Zukunft nicht nur weitergeführt, sondern sich mit den zukünftigen Herausforderungen weiterentwickeln.

Fredy Bolt (SP): Die SP-Fraktion stimmt der Abschreibung der Motion zu. Wir schliessen uns der Argumentation von Karin Hefti an. 2014 war der Anlass dafür gegeben. Seither hat sich das Kontroll-System stetig vom Kosten- ins Projektmanagement weiterentwickelt. Es ist richtig, dass der heutige Stand akzeptiert wird und vor allem, dass

er gelebt wird. Jedes Kontroll-System und jedes Prozessmanagement lebt davon, dass es praktiziert wird und in den Köpfen verankert ist. In der Verwaltung wurde, speziell erwähnen wir Marco Wächter, gute Arbeit geleistet.

Heidi Ammon, Gemeindepräsidentin (SVP): Die Gemeinden sind seit kurzem verpflichtet, ein IKS zu führen. Wir haben es auf Druck der FDP gemacht. Absolut nicht „contre coeur“, das IKS wird sehr gepflegt. Man darf nicht nachlassen, es muss gepflegt werden, die Feinheiten kommen mit der Erfahrung. Die Gemeinden sind verpflichtet, das IKS zu führen, die Frage ist, auf welchem Niveau dies erfolgt. Die Treuhandgesellschaft bestätigt, dass wir das IKS auf einem sehr hohen Niveau pflegen. Einfach damit es keine Missverständnisse gibt: Weder die Verwaltung noch der Gemeinderat weigern sich, das IKS zu führen. Wir sehen den Wert dieses Instrumentes, man sieht schnell, wenn etwas nicht korrekt läuft und kann entsprechend eingreifen.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 38 Ja-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Motion betreffend „Einführung eines internen Kosten-Kontrollsystems“ vom 29. Oktober 2014 wird abgeschrieben.

Luzia Capanni (SP): Ich stelle einen Ordnungsantrag. Die Sitzung soll um 20.50 Uhr beendet werden. Es ist 20.44 Uhr. Es ist nicht würdig, eine Motion in sechs Minuten zu behandeln.

Offene Abstimmung

B e s c h l u s s :

Dem Ordnungsantrag von Luzia Capanni wird zugestimmt.

11 Motion "Sensibilisierungs- und Präventionskampagne häusliche Gewalt"; Beantwortung

Bruno Graf, Gemeinderat (SP): Der Einwohnerrat hat am 21. Oktober 2020 die Motion „Sensibilisierungs- und Präventionskampagne häusliche Gewalt“ überwiesen. Die Motion verlangt ein Konzept mit Budget und Antrag für die Bildung eines multidisziplinären Teams zur Initiierung einer Sensibilisierungs- und Präventionskampagne gegen häusliche Gewalt. Die Leiterin Soziale Dienste und der Gemeinderat setzen sich intensiv mit dem Thema häusliche Gewalt auseinander. Es ist unser Wunsch möglichst keine Fälle von häuslicher Gewalt zu erleben. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass auch bei uns die Polizeieinsätze wegen häuslicher Gewalt angestiegen sind. 2019 waren es 44 Stunden, 2020 59 Stunden, im ersten Quartal 2021 waren bereits 8 Einsätze notwendig. Häusliche Gewalt ist ein überregionales, gesellschaftliches Problem. Es ist deshalb richtig und wichtig, dass die Beratungsstellen und Behörden auf kantonaler Ebene eng zusammenarbeiten und koordiniert vorgehen. Der Kanton intensiviert die präventive Arbeit mit dem Projekt ABM (Aargauisches Bedrohungs-Management). Eine enge Zusammenarbeit von Polizei, Behörden und anderen Institutionen, um frühzeitig potentielle Bedrohungsherde zu erkennen. Unsere Mitarbeitenden der Sozialen Dienste sind sehr gut ausgebildet, arbeiten eng mit der Schule, Jugend- und Familienberatung, Repol und anderen Institutionen zusammen. Ergibt sich die Möglichkeit, sich bei einem Projekt zur häuslichen Gewalt aktiv einzubringen, wird Windisch dies machen. Der Umgang mit häuslicher Gewalt wird kantonal gesteuert und wir werden deshalb keine eigenen Schritte einleiten. Der Gemeinderat beantragt die Abschreibung der Motion.

Ligia Vogt (SP): Die überparteiliche Unterstützung der Motion im Einwohnerrat hat mich sehr optimistisch und glücklich gestimmt. Der Antrag, die Motion abzuschreiben, hat mich sehr enttäuscht. Der Gemeinderat hat sich zwar mit dem Thema der Motion auseinandergesetzt, sieht aber keine Notwendigkeit für ein erweitertes, lokales und spezifisches Angebot. Wir behaupten nicht, die bestehenden Strukturen seien schlecht. Sie können jedoch mit einem spezifischen Angebot erweitert und ergänzt werden, um die häusliche Gewalt zu minimieren. Diese Motion deckt sich mit den kantonalen und staatlichen Zielen. Grundsätzlich wird sie gestützt vom Schweizer Entscheid die „Istanbuler Konvention“ zu ratifizieren. Ich sehe keinen Grund, von der Forderung der Motion

abzuweichen. Sie verfolgt ambitionöse Ziele, welche harte Arbeit und Aufwand erfordern. Es ist unsere Verantwortung als Gemeinde, die Einwohner zu unterstützen und zu schützen. Wir haben genügend Mittel um einen Schulhausbau von 36 Millionen zu finanzieren, scheuen uns aber die Schüler und deren Familien zu schützen und in Not zu unterstützen. Diese Motion ist nicht nur ein Vorschlag zur Navigation der Problematik der häuslichen Gewalt und anderen Formen der Gewalt, es ist auch eine Investition in die mentale und körperliche Gesundheit und Sicherheit unserer Einwohner. In der Schule gibt es kein klares Vorgehen beim Thema Gewalt. Vor rund zwei Jahren wurde in einer vierten Primarklasse ein Gewalt-Präventions-Workshop durchgeführt. Teilnehmen durften nur die Jungen, die Mädchen wurden zum Dekorieren hinausgeschickt. Der Verweis auf den Kanton für die Regulierung der Präventionskampagne ist halbherzig und nicht die richtige Lösung für ein weitreichendes und tiefgründiges Problem. Die Antwort des Gemeinderates ist eine Ausrede und kein Argument. Ich danke für die bisher geleistete Arbeit. Ich bin überzeugt, dass wir dies besser machen können, dazu sind wir verpflichtet.

Elsbeth Hofmänner (CVP): Bei der letzten Diskussion zu diesem Thema habe ich ausführlich über meine Abklärungen bei der Regionalpolizei informiert. Sie konnte mir plausibel darlegen, wie gut sie aufgestellt ist mit laufenden Schulungen etc. Noch eine Bemerkung zu den steigenden Fällen. Es ist nicht die Anzahl die laufend steigt, vermehrt müssen mehrere Einsätze im gleichen Haushalt geleistet werden. Das Bild ist etwas verfälscht. Das Problem ist, dass ein gefährdeter Haushalt immer wieder aufgesucht werden muss und keine Lösung gefunden wird.

Ligia Vogt (SP): Das erste was wir Frauen und Männern bei unseren Konsultationen sagen ist, dass sie den Behörden vertrauen und zur Polizei gehen sollen, damit sie geschützt werden. Am 21. Oktober 2020 wollte ich eine Anzeige wegen Verfolgung, Stalking machen, wurde aber von der Polizei nicht ernstgenommen. Dasselbe passiert vielen Frauen und Männern. Dieses Problem muss gelöst werden. Ein erweitertes Angebot kann die Polizei entlasten und das Problem fachgerecht lösen.

Martin Gautschi (FDP): Es ist ein Problem, aber man muss doch die vielen Unterstützungsangebote sehen. Wir haben die Fachstelle Integration, eine Anlaufstelle gegen

häusliche Gewalt, Frauenhaus, Opferhilfe. Es darf nicht vergessen werden, dass in unserem Land auch die Eigenverantwortung sehr hoch ist. Wir haben eine sehr gute Regionalpolizei und irgendwie gilt doch die Eigenverantwortung. In unserem Land und auch in Windisch kann man sich sehr gut helfen lassen. Der Staat kann nicht alles bis ins letzte Detail regeln. Die Eigenverantwortung ist wichtig und deshalb muss diese Motion abgeschrieben werden.

Mirjam Aebischer (SP): Ich denke Eigenverantwortung ist in diesem Rahmen wichtig, das heisst Eigenverantwortung der Gemeinde Windisch. Windisch kann dazu beitragen, dass es weniger häusliche Gewalt, weniger Vorfälle gibt. In der Botschaft ist zu lesen, wer intervenieren kann und dies auch tut, bis zu den Qualifikationen des Sozialdienstes. Ich bin enttäuscht von dieser Antwort. Es wäre einfach, wenn die Stellen der Gemeinde, die Sozialen Dienste, die Schulsozialarbeit, allenfalls jemand von der Schulleitung oder der offenen Jugendarbeit, sich zusammen überlegen, wie wir in unserer Gemeinde verhindern können, dass eine Frau weniger häusliche Gewalt erlebt. Dies ist gefragt und nicht eine Auflistung von Stellen oder das Zitieren der Polizei mit Statistiken, wie dies Elisabeth Hofmänner eingebracht hat. Es gilt die Relationen zu sehen, jede häusliche Gewalt ist eine zu viel.

Claudio Deragisch (SP): Es zu einfach davon zu reden, dass es immer dieselben sind, die es betrifft und an die Eigenverantwortung appelliert. Wir sprechen von Leuten, welche sich zuhause nicht mehr wohl und sicher fühlen können. Es geht um die Komfortzone des Lebens, hier sollte man sich sicher fühlen, hier ist der persönliche Schutzraum. Ich unterstütze Mirjam Aebischer, jeder Fall ist einer zu viel. Geht es um Gewalt ist die Schwelle wahrscheinlich überschritten, wo noch eigenverantwortlich reagiert werden kann.

Martin Gautschi (FDP): Die Eigenverantwortung muss durch den Bürger und nicht den Staat erfolgen. Ein anderer Punkt ist die Subsidiarität. Wir sehen was heute alles gemacht wird. Gewisse Sachen sind auf kantonalem Niveau, das heisst nicht, dass es die Gemeinde besser kann. Unter Umständen ist es aufgrund der Komplexität besser, wenn die kantonalen Instanzen aufgesucht werden. Es macht keinen Sinn und ist nicht finanzierbar, wenn sich die Gemeinde ebenfalls im Detail mit diesen Fragen auseinandersetzt.

Bruno Schmid (SVP): Ich unterstütze das Votum von Martin Gautschi. Mirjam Aebischer, wir haben schon eine bedenkliche Gesellschaftsentwicklung, wenn man erwachsenen Personen keine Eigenverantwortung mehr zutraut. Glaubst du noch an diese Gesellschaft? Glaubst du, dass du deinen Kindern eine eigenverantwortliche Gesellschaft übergeben kannst, welche du mitgeprägt hast? Es ist bedenklich.

Mirjam Aebischer (SP): 1980 habe ich zusammen mit anderen Frauen das Frauenhaus Aargau gegründet. Ich finde es traurig, dass wir 41 Jahre später das Thema noch genau gleich abhandeln. Es ist ja nicht so schlimm, Claudio Deragisch hat es aufgezeigt, wenn man in seinem privaten Raum bedroht wird und sich nicht wehren kann. Ich plädiere sehr dafür, diese Motion nicht abzuschreiben. Windisch soll hier Hand bieten, im kleinen Rahmen etwas zu realisieren, wie es einer Gemeinde ansteht. Es ist kein grosses Projekt notwendig.

Giovanna Feusi (SP): Eigentlich wollte ich mich nicht äussern, die Worte von Ligia Vogt haben mich aufgewühlt. Wird ein Gewaltworkshop an der Schule nur mit Jungen und ohne Mädchen durchgeführt, zeigt mir, dass die Sensibilisierung in dieser Gemeinde, dem Bezirk oder Kanton, nicht auf einem Niveau ist, das ich mir vorstelle. Es geht nicht darum, dass die Polizei oder wir Alle sensibilisiert sind. Es soll ein normales Thema sein, über welches man diskutiert, sich eine Meinung bildet, an der Schule, in der Gesellschaft, in der Gemeinde. Die Diskussion zeigt, dass wir noch nicht soweit sind. Ich bin gegen eine Abschreibung der Motion.

Miguel Vogt (SP): Es geht um Eigenverantwortung. Bei der Gewalt fehlt eben diese Eigenverantwortung, da sind wir gescheitert. Der Staat soll nicht zu viel eingreifen, aber es gibt Orte, da ist es sinnvoll. Vor allem zu Hause können die Leute geschützt werden. Wir müssen doch handeln, dass eine Geschichte wie in Hausen nicht mehr passieren kann. Durch die Krise, bei der viele Menschen öfters zuhause sind und aufeinandersitzen, kann die Luft durchaus stickiger werden. Es geht um Präventionsarbeit, es geht darum, dies zu verhindern. Es heisst nicht Bevormundungsarbeit, sondern Prävention, das ist ein Unterschied. Solche Projekte müssen unterstützt werden.

Luzia Capanni (SP): Wenn man von Eigenverantwortung spricht bedeutet dies auch, Hilfe zu suchen. Wenn man zur Polizei geht und nicht ernst genommen wird, wenn man so etwas erlebt hat, dann kann man noch so eigenverantwortlich sein. Häusliche Gewalt betrifft viele Minderjährige. Die Gesellschaft hat die Pflicht, diese zu schützen. Da kann man noch lange von Eigenverantwortung sprechen. Die ersten Leute, die etwas merken, sind die Nachbarn oder Lehrpersonen. Ohne Sensibilisierung spricht man nicht darüber, wird keine Hilfe geholt für diese Kinder. Bitte spricht nicht von Eigenverantwortung in diesem Bereich.

Fabian Schütz (SVP): Natürlich ist es nicht erfreulich, wenn man als Frau oder Mann zur Polizei geht wegen Gewalt und nicht ernst genommen wird. Die Polizei und deren Ausbildung sind Aufgabe des Kantons. Dasselbe gilt für mich für den erwähnten ominösen Workshop, wo die Mädchen scheinbar hinaus geschickt wurden. So wie ich es verstanden habe, wurde dieser Workshop vom Kanton durchgeführt. Das Anliegen wird auf der falschen Ebene eingebracht.

Martin Gautschi (FDP): Wer das heutige Angebot sieht, und es gibt noch weitere wie beispielsweise die Dargebotene Hand, muss mir nicht sagen, dass es keinen Weg gibt, dieses Problem im Kanton oder in Windisch zu lösen. Wenn ein Ehepaar damit nicht klar kommt, sind die Möglichkeiten des Staates einmal am Ende und dann muss man selber handeln. Es hat so viele Angebote. Die Pizza liegt am Boden, aber aufnehmen muss man sie selber. Der Bürger darf nicht bis ins allerletzte Detail verwöhnt werden, sonst kommt die Gesellschaft nicht weiter. Wir müssen eine Gesellschaft heranziehen, die eigenverantwortlich handeln kann. Dies funktioniert nicht, wenn man alles abnimmt.

Elsbeth Hofmänner (CVP): Es ist mir wichtig festzuhalten, dass ich die Problematik sehe. Aber es ist nicht möglich, alles an Gemeinde oder Kanton zu delegieren. Wir alle sind gefordert hinzuschauen und nicht wegzuschauen, damit so ein Fall sichtbar wird. Dies können wir gratis machen, dafür brauchen wir kein Budget. Aber wir müssen hinschauen. Zweifellos kann man bei den Kindern sehr viel erkennen, in der Schule, aber auch durch die direkte Nachbarschaft. Wir sprechen im Moment nur von Frauen. Es gibt auch sehr viele betroffene Männer. Es geht nicht nur um körperliche, sondern auch

um psychische Gewalt. Diese ist sehr subtil und kann oft nicht erfasst werden und an der richtigen Stelle platziert werden.

Claudio Deragisch (SP): Es ist so, als würden wir über den Fussballmatch am letzten Sonntag diskutieren. Es geht um ein extrem schambehaftetes Thema. Gerade Kinder und Jugendliche können Hilfestellungen nicht einfach so annehmen. Sie schämen sich, je nach dem was zu Hause geschieht. Es braucht extrem viel Mut und Stärke, dass ein Kind/Jugendlicher dieses Thema proaktiv anspricht. Wir haben als Gesellschaft eine Verpflichtung, egal ob Kanton oder Gemeinde. Scheinbar reichen die Angebote des Kantons nicht aus, so muss die Gemeindeebene aktiv werden. Wir haben eine Verpflichtung, es ist nicht ein Problem, das im Bussenreglement klar geregelt ist. Es geht um menschliche Schicksale und jeder geht anders damit um. Wir müssen so gut wie möglich versuchen, ein gutes, breites Netzwerk zu schaffen.

Karin Hefti (FDP): Ich fühle mich wie bei der Diskussion über den Austritt beim KESD. Die Diskussion ist sehr emotional und ich frage mich, ob nicht eine geheime Abstimmung notwendig ist. So kann sich jeder nochmals verinnerlichen, was diese Abstimmung für Folgen hat.

Max Gasser, Gemeinderat (FDP): Wir wissen alle um die Ernsthaftigkeit des Themas. Ich habe teilweise Verständnis für die Enttäuschung von Ligia Vogt, da sehr viel Gutes gesagt wurde. Wir diskutieren jedoch aneinander vorbei. Ich habe dies mit meinen Kollegen nicht abgesprochen. Ich bin Mitglied der Repol-Kommission. Die sehr gute Arbeit der Repol ist alle Jahre beim Jahresrapport ein Thema. Häusliche Gewalt ist eine Eskalationsstufe. So traurig es ist, wir können dies nicht verhindern. Es ist für die Polizisten frustrierend, wenn sie unverrichteter Dinge wieder gehen müssen, keine Anzeigen eingehen und die Nachbarn irgendeinmal nicht mehr anrufen. Häusliche Gewalt ist ein weites Spektrum. Es gibt auch gegenüber von Kindern physische und psychische Gewalt. Gerade jetzt, wo die Eltern zu Hause sind, gleichzeitig im Homeoffice arbeiten und die Kinder betreuen. Dazu hat man schon vieles gehört. Windisch ist eine familienfreundliche Gemeinde. Mir ist bei dieser Sache auch nicht wohl. Auch wenn diese Antwort einfach nach einem Papier aussieht, es wurde sehr viel gearbeitet. Wir haben uns die Sache alles andere als einfach gemacht und alle Stellen involviert. Ich glaube es wäre ein Einfaches, wenn die Verwaltung mit all den genannten Stellen einen Ratgeber

ausarbeiten und auf der Homepage aufschalten würde. Was ist häusliche Gewalt, wie kann man vorgehen, wo kann man sich melden, wo geht es hin. Mit einfachen Mitteln und ohne grosse Kosten könnte damit etwas bewirkt werden.

Philipp Umbricht (FDP): Beruflich ist dies kein unbekanntes Thema für mich. Jeder Fall von Gewalt ist einer zu viel. Wir müssen alles daran setzen, dass dies möglichst nicht der Fall ist. Den ersten und wichtigsten Ansatz hat Elsbeth Hofmänner erwähnt: Wir alle müssen hinschauen, das Thema erkennen und die Leute ansprechen. In vielen Fällen funktioniert dies gut. Ein grosser Teil der Betroffenen ist in Strukturen, wo sie mit Fachleuten, sei es Schule, Sozialdienst, Schulsozialarbeiter usw. Kontakt haben. Der zweite wichtige Punkt ist: Hilfe suchen. Dies wurde ebenfalls bereits angesprochen. Wer Hilfe sucht, findet diese. Der Gemeinderat hat in seiner Antwort einige Stellen aufgelistet. Diese Liste ist nicht vollständig. Max Gasser schlägt vor, einen Ratgeber zu machen. Diesen Ratgeber findet man bereits auf der Webseite des Kantons Aargau, wir müssen ihn allenfalls verbreiten. Ich bin nicht einmal sicher, ob er in der Eingangshalle des Gemeindehauses sogar aufliegt. Das dritte Thema ist: Hilfe annehmen – der Aufruf an die Gewaltbetroffenen. Wer dies nicht will oder nicht mitarbeitet kann nicht aus der Gewalt herausgebracht werden. Bei Kindern geht dies in schwierigen Fällen über die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, bei Erwachsenen ist dies nicht möglich. Die Staatsanwaltschaft Aargau stellt jährlich hunderte von Strafverfahren wegen häuslicher Gewalt ein. Nicht, weil keine häusliche Gewalt stattgefunden hat, sondern weil die Betroffenen die Strafanzeige zurückgezogen haben. Wir haben inzwischen – und da kann ich auf 30 Jahre Strafverfolgung zurückblicken – griffige Mittel in die Hand bekommen. Das letzte war die Änderung des Art. 55a StGB. Wir können Gewalttäter, egal ob Frau oder Mann, zu Programmen verpflichten. Aber die Gewaltbetroffenen müssen mitmachen, ohne sie geht es nicht und ohne diese nützen auch Offizialdelikte nicht. Wir können gegen den Willen des Betroffenen keine Verfahren führen. Es passiert bereits viel. Es macht Sinn, dass die Angebote auf der Gemeindewebsite verlinkt werden. Etwas Spezielles zusätzlich zu machen, dies braucht es wirklich nicht. Es hat genügend Angebote auf dem Markt und das Netz wird nicht besser wenn wir es enger knüpfen. Es ist eng genug, man muss es einfach brauchen.

Giovanna Feusi (SP): Ich danke Philipp Umbricht für dieses Votum. Er hat bestätigt, weshalb die Sensibilisierung noch weitgehend fehlt. Die Sensibilisierung, dass Gewalt

immer wieder zu Anzeigen führt oder zum Rückzug von Anzeigen führt. Erst wenn die Opfer zu ihrer Anzeige stehen können, wurde der Schritt zur Sensibilisierung gemacht. Die Aussagen von Philipp Umbricht zeigen, dass ein Teil noch fehlt. Es muss klar sein: Ich stehe zur Anzeige, mir wird geholfen, ich haben jemanden hinter mir, der mich stützt, dass es so etwas nicht gibt.

Luzia Capanni (SP): Ich möchte das Votum von Philipp Umbricht kurz ergänzen, ich danke allen Votantinnen und Votanten. Es gibt verschiedenste Ratgeber und Leitbilder in diversen Sprachen. Dass es gelebt wird, dass die Leute sensibilisiert sind, dass man aufmerksam ist – daran fehlt es. Es folgt die Scham, dann geht man aus Angst nicht nach aussen und will etwas verändern. Kinder sind im Zwiespalt zwischen den Eltern, einerseits Vertrauensperson, andererseits Täter. Sie bieten Schutz und sind Täter, wie soll man sich da jemandem anvertrauen, dass die Eltern schlagen. Dies braucht wahn-sinnig viel Kraft und damit man darüber reden kann, muss die Schule stärker aktiv sein. Das von Ligia Vogt erwähnte Beispiel zeigt die gewaltige Überforderung der Schulsozialarbeit, wie man mit Gewalt umgeht. Da besteht Handlungsbedarf. Die Schulsozialarbeit ist deutlich unterdotiert, dies ist ebenfalls Fakt. Präventives Arbeiten ist nicht möglich, es können nur Feuerwehrrübungen durchgeführt und Feuer gelöscht werden. Oft werden Kinder, welche selber Gewalt erfahren haben, wieder zu Tätern. Als Gemeinde können wir etwas dazu beitragen. Auf einen weiteren Ratgeber können wir verzichten. Aber ein Konzept wie in der Schule Windisch oder in der Offenen Ju-gendarbeit das Thema angegangen wird, da gibt es noch viel Luft nach ach oben.

Martin Gautschi (FDP): Ich muss Luzia Capanni widersprechen. Wir haben viele Kinder die in Windisch zur Schule gehen, völlig ausgeblendet werden die Lehrkräfte. Diese machen einen hervorragenden Job – das kann ich als Vater von schulpflichtigen Kin-dern bestätigen. Die Lehrkräfte leisten gute Arbeit und sehen viel. Es braucht nicht im-mer grosse Konzepte, welche leere Hülsen sind. Die Lehrkraft nimmt vieles direkt beim Kind wahr. Es braucht nicht mehr – Philipp Umbricht hat es gesagt: Das Netz ist genü-gend dicht, man muss es nur konsequent anwenden.

Luzia Capanni (SP): Ich danke für das Votum zu Gunsten der Lehrkräfte, diese machen wirklich einen hervorragenden Job. Was passiert wenn man als Lehrperson etwas beo-

bachtet, es melden muss und wie meldet man das? Es geht um eine Gefährdungsmeldung. Ich kann nicht beurteilen, wie man damit umgeht, wenn kein entsprechendes Konzept vorhanden ist. Ich weiss allerdings von vielen Schulen, dass es da scheitert, weil man zu lange wartet, bis eine Gefährdungsmeldung gemacht wird.

Ligia Vogt (SP): Das Thema ist so bedeutend und wichtig, es lässt sich nicht in einigen Minuten abhandeln, damit man zum Fussball gehen kann. Vor 16 Jahren haben wir, fünf unbedeutende Migrantinnen ohne Deutschkenntnisse, ohne Ressourcen, ein kantonales Präventionsprojekt gestartet. Wir hatten keine Unterstützung, wir haben einfach begonnen und hatten positive Ergebnisse. Wir sind nur 15 Personen und ich frage mich, weshalb Windisch mit viel grösseren personellen und materiellen Ressourcen dies nicht schaffen kann. Ein letztes Beispiel, das mir sehr nahe geht. Es ist eine Frau, die niemand gehört hat und von den Behörden nicht ernst genommen wurde – sie und ihre Schwester sind gestorben.

Offene Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 14 Ja-Stimmen gegen 22 Nein-Stimmen wie folgt

B e s c h l u s s :

Die Abschreibung der Motion "Sensibilisierungs- und Präventionskampagne häusliche Gewalt" vom 21. Oktober 2020 wird abgelehnt.

Schluss der Sitzung: 21.25 Uhr

EINWOHNERRAT WINDISCH

Der Einwohnerratspräsident:



Pascal Schlegel

Der Gemeindeschreiber II:



Stefan Wagner